



Oberbürgermeister der  
Stadt Wuppertal  
Herrn Peter Jung  
Johannes-Rau-Platz 1  
42269 Wuppertal

Der Oberbürgermeister

22. FEB. 2013

1. gesehen

2. an

3.

*Kopie an Fraktion, StD Dr. Slawig,  
Bj. Dr. Kühn  
Bj. Nocke*

**Gerd Hoofe**  
Staatssekretär

HAUSANSCHRIFT Wilhelmstraße 49, 10117 Berlin  
POSTANSCHRIFT 11017 Berlin

TEL +49 30 18 527-2844 oder 2845

FAX +49 30 18 527-2848

E-MAIL buero.hoofe@bmas.bund.de

Berlin, *19.* Februar 2013

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Jung,

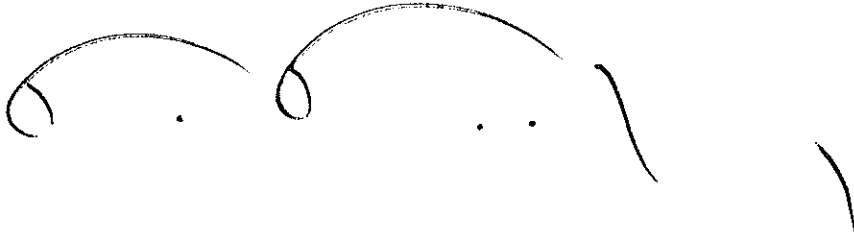
im Namen von Frau Bundesministerin Dr. Ursula von der Leyen danke ich Ihnen für Ihr Schreiben vom 25. Januar 2013. Darin übersenden Sie eine Resolution des Rates der Stadt Wuppertal zur Schulsozialarbeit, mit der die Bundesregierung aufgefordert wird, „über das Jahr 2013 hinaus und unbefristet den Kommunen weitere ausreichende finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen“.

Ich kann nachvollziehen, dass Sie wegen der guten Erfahrungen mit der Schulsozialarbeit dieses Projekt fortsetzen möchten und eine dauerhafte Finanzierung anstreben. Ein weiterer Einsatz des Bundes widerspricht jedoch der verfassungsrechtlichen Kompetenzordnung, da es sich bei der Schulsozialarbeit um einen Bestandteil der Bildungspolitik handelt. Die verfassungsrechtliche Zuständigkeit auf dem Gebiet der allgemeinen Bildung und des Schulwesens liegt bei den Ländern. Eine zweckgebundene Finanzierung der Schulsozialarbeit durch den Bund ist daher nicht möglich.

Anders als von Ihnen angenommen, wird die Schulsozialarbeit derzeit nicht aus Mitteln des Bildungspakets unterstützt. Im Rahmen der Gesetzesberatungen zum Bildungspaket hatte sich der Vermittlungsausschuss darauf geeinigt, dass der Bund den Ländern – zusätzlich zu den finanziellen Entlastungen für die Bildungs- und Teilhabeleistungen und nicht zweckgebunden – in den Jahren 2011 bis 2013 jeweils ca. 400 Mio. Euro über eine um 2,8 Prozentpunkte erhöhte Beteiligung des Bundes an den Leistungen für Unterkunft und Heizung zur Verfügung stellt. Damit war die politische Absicht verbunden, diese Mittel für Schulsozialarbeit und/oder das außerschulische Hortmittagessen von Schülerinnen und Schülern einzusetzen.

Der Ansprechpartner für die Ziele der Resolution ist aus den dargelegten Gründen das Land Nordrhein-Westfalen.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, consisting of several loops and a long horizontal stroke.